

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ortsbeirates Winzeln vom 08.10.2020 im Turnhalle
der Grundschule im Ortsbezirk Winzeln

Die gesetzliche Mitgliederanzahl beträgt: 10

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Heidi Kiefer

Beigeordnete

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Erwin Bold

Frau Julia Fischer

Herr Gernot Gölter

Herr Alexander Kaiser

Herr Mario Kohlhaas

Frau Christine Mayer

Herr Mathias Reiser

Herr Tobias Semmet

Protokollführung

Herr Daniel Durm

von der Verwaltung

Frau Judith Diener

Herr Jörg Groß

Herr Karsten Schreiner

Es fehlt entschuldigt:

Mitglieder

Herr Sebastian Tilly

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr.

Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Ortsbeirates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Ortsbeirat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

- 1 L484 - Ortsumgehungsstraße Niedersimten - Information des Landesbetriebs Mobilität
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Anträge der Fraktionen
3.1. Antrag der CDU/FWB-Ortsbeiratsfraktion vom 17.09.2020 bzgl.
"Geschwindigkeitsreduzierung auf 40 km/h in der Bottenbacher
Straße von der Einmündung Scheuergasse bis zur Einmündung
Großgasse"
- 4 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 1 L484 - Ortsumgehungsstraße Niedersimten - Information des Landesbetriebs Mobilität

Die Vorsitzende berichtet, dass am 28.07.2020 ein nichtöffentliches Arbeitsgespräch zur geplanten Ortsumgehung stattgefunden habe. Es haben Vertreter der Ortsbeiräte Winzeln und Niedersimten, der Bürgerinitiative Niedersimten, Vertreter der Stadtverwaltung sowie des Landesbetriebs Mobilität teilgenommen.

Bürgermeister Maas erläutert, dass man bereits seit längerer Zeit in Vorgesprächen mit dem LBM sei, zuletzt in besagtem Arbeitsgespräch Ende Juli. Man wolle im Zuge größtmöglicher Transparenz diese Informationen jetzt auch den beteiligten Ortsbeiräten präsentieren und auch Anregungen aus diesen Sitzungen mitnehmen.

Sodann präsentiert Herr Zodet den Planungsstand anhand einer Beamer-Präsentation (Anlage 1 zur Niederschrift).

Ortsbeirat Semmet fragt, mit welcher Zeitschiene man bis zu einer Fertigstellung rechne und mit welchen Kosten für das Projekt gerechnet werde. Weiter fragt er an, ob man auch bei Bauvorhaben des Landes die enormen Preissteigerungen der letzten Jahre spüre.

Herr Zodet führt aus, dass im Jahr 2016 bei einer ersten Schätzung mit ca. 16 Mio. € kalkuliert worden sei, dies werde aber immer angepasst und fortgeschrieben, auch das Land spüre die enormen Kostensteigerungen. Eine genauere Berechnung könne jedoch erst in der nächsten (Detail-)Planungsphase vorgenommen werden. Erst nach der Erteilung der Baugenehmigung müsse die genaue Finanzierung für das Projekt stehen.

Weiter teilt er mit, dass Herr Lutz im Arbeitsgespräch einen Zeitraum von fünf Jahren genannt habe. Für die Planfeststellung benötige man zwei Jahre, für die Genehmigung ein weiteres Jahr, dies hänge jedoch auch stark von den erhobenen Einsprüchen sowie der dann vorherrschenden Haushaltslage ab.

Ortsbeirat Fischer fragt nach, wie viel Entlastung die Ortsumgehung für Niedersimten bedeute.

Herr Zodet beziffert dies auf 60 bis 70 %.

Verbandsbürgermeisterin Seebach stellt die Frage, ob sich bei dem Anschluss bei Obersimten gegenüber den letzten Planungen Veränderungen ergeben hätten.

Herr Zodet verneint dies und stellt nochmals kurz die Varianten B1, B2 und B3 vor.

Ortsbeirat Bold möchte wissen, wie sich der Verkehr, insbesondere im Hinblick auf die Belastung, in der Blocksbergstraße verteile und ob die Umgehungsstraße für den landwirtschaftlichen Verkehr freigegeben werde.

Herr Zodet erwidert, dass der landwirtschaftliche Verkehr nicht ausgeschlossen werde. Man rechne für die Blocksbergstraße mit einer Zunahme um ca. 5.000 Fahrzeuge pro Tag.

Herr Groß ergänzt, dies würde sich jedoch hauptsächlich auf die Blocksbergstraße ab dem Kreisel zur L600 Richtung Innenstadt auswirken.

Herr Zodet ergänzt erneut, dass es hierfür eigene Erhebungen und Untersuchungen geben werde.

Ortsbeirat Semmet teilt mit, dass seiner Meinung nach die L600 falsch ausgeschildert worden sei. Das Zentrum sei an der ersten Ausfahrt nach links ausgeschildert, man erreiche dies jedoch besser über den besagten Kreisel. Durch die links abbiegenden Autofahrer stauete sich der Verkehr an der oberhalb gelegenen Kreuzung zurück und viele Winzler müssten sehr lange warten.

Herr Zodet teilt mit, dass hierfür originär die Kreisverwaltung zuständig sei, viele Autofahrer würden aber mit Navigationssystem fahren. Man könne diese Ausschilderung jedoch ändern, eine Verkehrsschau hält er für möglich.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Herr Legleitner stellt die von Herrn Jochen Diebold und ihm schriftlich eingebrachten Fragen zum Thema "Neubaugebiet zwischen Winzeln und Gersbach vor. (Anlage 2 zur Niederschrift).

Bürgermeister Maas teilt mit, dass das Anliegen aus zwei Teilen bestehe. Zum einen sei es ein Appell an den Ortsbeirat sich für die Belange der Anwohner einzusetzen. Zum anderen seien konkrete Fragestellungen aufgeworfen, zu denen die Mitarbeiter der Verwaltung gleich ausführlich Stellung nehmen werden.

Frau Diener führt zu Frage 1 aus, dass es im Jahr 2018 einen grundsätzlichen Baulandbeschluss gegeben habe, wonach Flächen nur noch vermarktet werden, sofern sich das komplette Gebiet in städtischer Hand befinde. Man habe mit den dortigen Eigentümern gesprochen und Anfang August entweder mündliche oder schriftliche Zusagen erhalten. Die Verträge lägen bei den entsprechenden Notaren vor, es werde jedoch noch einige Wochen dauern, bis alle Rückmeldungen eingetroffen seien.

Zu Frage 2 teilt Frau Diener mit, dass sie selbst erst seit einer Woche einen ersten Entwurfsplan habe. Da man komplett selbst vermarkten werde, sei die LBS nicht im Spiel und könne auch keine gültigen Pläne besitzen.

Herr Schreiner führt zu Frage 3 aus, dass man nach dem Zugriff auf die Grundstücke zunächst einen Bebauungsplan brauche. Dieser sei im direkten Anschluss an den momentanen Stand geplant und werde sich in seiner Art ebenfalls am Bestand im Wohnpark Winzeln orientieren. Wohnblöcke seien dort nie thematisiert worden, es werde individuelle Wohnformen, als Einfamilienhäuser geben. Man wolle möglichst wenig Land verbrauchen, sodass auch ein dazwischen liegender Grünstreifen nicht angedacht sei, darüber hinaus seien auch Festsetzungen in Bezug zu Aufschüttungen machbar. Man wolle möglichst in diesem Jahr noch den Aufstellungsbeschluss

fassen, im Wege der frühzeitigen Beteiligung werde es im Frühjahr auch Möglichkeiten zur Anhörung geben. Man nehme die nun eingebrachten Einwände mit in dieses Beteiligungsverfahren und werde sie so weit wie möglich berücksichtigen. Im Zuge des Neubaugebiets sei auch ein Kreisverkehr am Ortsausgang ein Erschließungsansatz.

Herr Legleitner fragt nach dem Zeitplan für die geplanten Maßnahmen.

Herr Schreiner erläutert, dass das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans ca. zwei Jahre dauere. Man benötige im zweistufigen Verfahren verschiedene Gutachten, mit Baurecht sei nicht vor Jahresende 2022 zu rechnen. Dann müsse man zuerst das Gebiet erschließen, sodass mit dem Baubeginn der ersten Häuser nicht vor 2025 gerechnet werden könne.

Herr Groß führt weiter aus, dass momentan für die Straße eine Verschwenkung beantragt sei. Nach dem Aufstellungsbeschluss sei jedoch auch eine Antragsänderung hin zu einem Kreisverkehr machbar.

Herr Diebold unterstreicht nochmals die schriftlich getätigten Aussagen und fordert, dass die Grundstücke alle individuell betrachtet werden müssen, da sich durchaus unterschiedliche Auffüllungen der Grundstücke zwischen zwei und vier Metern ergeben könnten.

zu 3 **Anträge der Fraktionen**

zu 3.1 **Antrag der CDU/FWB-Ortsbeiratsfraktion vom 17.09.2020 bzgl. "Geschwindigkeitsreduzierung auf 40 km/h in der Bottenbacher Straße von der Einmündung Scheuergasse bis zur Einmündung Großgasse"**

Ortsbeirat Bold stellt den Antrag gemäß Antragstext vor (Anlage 3 zur Niederschrift).

Sodann verliest die Vorsitzende die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde:

“Nach § 45 Abs. 9 StVO sind Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen nur dort anzuordnen, wo dies auf Grund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist. Insbesondere Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs auf Straßen dürfen aus Gründen der Verkehrssicherheit nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine konkrete Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung erheblich übersteigt. Ortsdurchfahrtsstraßen dienen der Aufnahme und Abwicklung des überörtlichen Verkehrs. Eine konkrete Gefahrenlage liegt z. B. dann vor, wenn eine Unfallhäufigkeit vorliegt.

Von der Polizeiinspektion Pirmasens wurde auf Anfrage mitgeteilt, dass es seit 2015 bis heute in der Bottenbacher Straße zu 5 Unfällen gekommen ist, von denen **keiner** auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen war. Von dort wird unsere Auffassung bestätigt, an der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h festzuhalten.

Eine Reduzierung dieser Höchstgeschwindigkeit ist auf Durchfahrtsstraßen nur dann angebracht, wenn örtliche Besonderheiten dies gebieten. Diese sind für die Bottenbacher Straße nicht erkennbar. Es handelt sich hier um eine gut ausgebaute Straße von durchschnittlich 6 m Breite, es sind dort ausreichend abgetrennte Gehsteige vorhanden, die Streckenführung ist aufgrund der Fahrbahnbreite auch in den Kurvenbereichen übersichtlich und es liegen keine besonderen schutzwürdigen Einrichtungen (z. B. Kindergärten, Altenheime o. ä.) im unmittelbaren Bereich. Auch ist erfahrungsgemäß auf solchen Straßen nur eine mangelnde Akzeptanz für eine Geschwindigkeitsbegrenzung feststellbar. Eine engmaschige Geschwindigkeitsüberwachung wird seitens der Polizei jedoch üblicherweise nur an Stellen mit einer Unfallhäufung durchgeführt.“

Ortsbeirat Bold gibt an, dass die Fraktion dies anders sehe und sich hiermit nicht zufrieden gebe.

Bürgermeister Maas erwidert, dass hierfür der Beigeordnete Clauer zuständig sei. Gerne könne er dies in der nächsten Verkehrsschau erneut thematisieren.

Ortsbeirat Fischer führt aus, dass es in diesem Zusammenhang auch die Forderung der Bürgerinitiative Winzeln gebe, wonach im gesamten Ort Tempo 30 erlassen werden solle. Dies sei für die Verkehrsschau ebenso interessant wie die Problematik mit dem Zebrastreifen in der Bottenbacher Straße. Eine mangelnde Akzeptanz der Autofahrer für eine Tempobeschränkung könne kein schlüssiger Ablehnungsgrund des Antrags sein.

Ortsbeirat Semmet sagt, dass dieser Antrag als Testballon für die Forderung der Bürgerinitiative gedacht sei. Zu den tatsächlichen Unfällen kämen noch viele Beinahe-Unfälle hinzu, diese seien von der Polizei nicht erfasst. Tempo 50 führe in diesem Bereich an zwei Hofeinfahrten zu gefährlichen Situationen.

Ortsbeirat Kaiser führt aus, der Antrag beschreite nur den halben Weg. Es gebe in der gesamten Bottenbacher Straße gefährliche Einfahrten, zum Beispiel auch an der Scheuergasse.

Ortsbeirat Kohlhaas beschreibt die Situation der Umleitung durch die Großheimer Straße. Er habe die Polizei um eine Kontrolle gebeten. Zu dieser Zeit sei Tempo 30 erlaubt gewesen, die Polizei habe 14 Überschreitungen festgestellt. Zu einer zweiten Kontrolle sei es leider nicht gekommen. Auch dort sehe er jedoch Handlungsbedarf.

Die Vorsitzende führt aus, dass auch am Wasserturm Tempo 30 sinnvoll sei, es wären jedoch immer wieder Kontrollen nötig.

Ortsbeirat Semmet erwidert, dass auch im Bereich der Verschwenkung in der Gersbacher Straße Tempo 40 sinnvoll sei, dadurch ergebe sich ein flüssigerer Verkehr.

Ortsbeirat Kaiser fordert, dass diese Thematik in die nächste Verkehrsschau solle.

Die Vorsitzende schlägt vor, dass die gesamte Thematik in den Verkehrsausschuss verwiesen werden solle, jedoch mit dem Hauptaugenmerk

auf die Gersbacher Straße, da dort durch die provisorische Fahrbahndecke keine höhere Geschwindigkeit möglich sei.

Bürgermeister Maas erwidert, dass die Gersbacher Straße bis zum kompletten Ausbau nur provisorisch hergestellt sei, dort gelte aber schon Tempo 30.

Bürger Noll erwidert, dass dort nur ein Schild stehe und dies nicht deutlich zu erkennen sei.

Bürgermeister Maas sagt eine entsprechende Prüfung zu.

Ortsbeirat Kohlhaas bittet in diesem Zusammenhang um die Aufstellung von weiteren Geschwindigkeitsmesstafeln an der Gersbacher Straße.

Sodann verweist der Ortsbeirat den Antrag der CDU/FWB-Fraktion einstimmig in den Verkehrsausschuss.

zu 4 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 4.1 Beantwortung von Anfragen

zu 4.1.1 Anfrage von Ortsbeirat Kaiser vom 23.07.2020 bzgl. "Straßenschäden Botenbacher Straße, Höhe Wasserturmstraße"

Die Vorsitzende verliest die Stellungnahme des Tiefbauamts:

“Der Einmündungsbereich wurde kontrolliert. Die Straßendecke ist zwar insgesamt in einem mäßigen Zustand, von uns konnte jedoch kein akuter Handlungsbedarf festgestellt werden.”

Ortsbeirat Kaiser gibt an, dass er nicht sicher sei, ob dies die richtige Örtlichkeit sei. Er werde dies selbst nochmals prüfen.

Herr Groß ergänzt, dass ein Foto oder eine Hausnummer immer sehr hilfreich seien.

zu 4.2 Informationen

zu 4.2.1 Ausbau der Gersbacher Straße - Vorstellung der Umleitungsvariante

Herr Groß stellt die Varianten zur Umleitung der Gersbacher Straße anhand einer Beamer-Präsentation vor (Anlage 4 zur Niederschrift).

Er führt weiter aus, dass insbesondere die Variante 5 komplett zurückgebaut werden müsse. Die von der Verwaltung favorisierte Variante 4 koste ca. 180.000 €, die vom Ortsbeirat ins Gespräch gebrachte Variante 5 koste 305.000 €, die Variante 6 ca. 265.000 €.

Somit sei letztendlich die Variante 4 am kostengünstigsten und zudem am leichtesten umsetzbar.

Ortsbeirat Fischer führt aus, dass man die jetzige Umleitung als Generalprobe für die Verkehrsbehörde sehen könne. Sie fragt an, ob die jetzt gewonnenen Erkenntnisse, beispielsweise in Sachen Bürgersteige, Beleuchtung, Schulwege in die Planung der Umleitung für die Gersbacher Straße miteinbezogen werden können. Hier seien viele Aspekte zu beachten, auch seien mehr Schilder durchaus sinnvoll.

Herr Groß führt aus, dass auf den Umleitungsstrecken Tempo 30 gelten werde, darüber hinaus tausche man sich selbstverständlich mit der Straßenverkehrsbehörde aus.

Ortsbeirat Semmet fragt an, ob für die Zeit der Umleitung am Zebrastreifen in der Bottenbacher Straße für den Schulweg eine mobile Ampelanlage installiert werden könne.

Ortsbeirat Fischer erwidert, die größeren Probleme seien direkt an der Schule, der Bus müsse dort durch enge Straßen fahren, zudem seien viele Autofahrer sehr rücksichtslos.

Bürgermeister Maas führt aus, dass er für die Straßenverkehrsbehörde nicht zuständig sei, er schlage jedoch ein gemeinsames Gespräch vor Ort mit der Straßenverkehrsbehörde vor.

Ortsbeirat Fischer ergänzt, dass man in diese Verkehrsschau auch Schüler- bzw. Elternsprecher sowie sonstige beteiligte Personen mit einbeziehen solle.

Ortsbeirat Kaiser gibt an, dass auch für ihn die Variante 4 favorisiert sei. Er fragt, wie lange diese Umleitungsstrecke genutzt werden müsse. Zudem stellt er die Frage, ob die Schäden in der Straße Am Breitenweg danach ebenfalls behoben werden.

Herr Groß antwortet, dass man mit max. 5 Monaten rechne. Die möglicherweise entstehenden Schäden werde man selbstverständlich aus den Mitteln des Straßenunterhalts beseitigen.

Ortsbeirat Semmet spricht sich für Variante 5 aus. Diese koste zwar mehr, dafür müsse man anschließend keine Reparaturarbeiten aus dem Unterhalt bezahlen. Somit sei man im Endeffekt kostengünstiger. Er fragt an, ob dies auch anstatt dem Feldweg im Wege einer Baustraße links an den Bäumen vorbei gehen könne. Diese Baustraße könne man mit Matten herstellen, dies sei auch so bei der Errichtung der Windkraftanlagen bei Kröppen so gehandhabt worden.

Herr Groß erwidert, dass diese Baustraßen aus Matten nicht für den Individualverkehr geeignet seien, zudem könne man dort nur Schrittgeschwindigkeit fahren.

Ortsbeirat Gölter führt aus, dass die Variante 5 kostengünstiger sei als die anschließende Reparatur der Straße Am Breitenweg, dort seien jetzt schon Schäden durch den landwirtschaftlichen Verkehr, auch von der Biogasanlage, vorhanden. Auch sei

der Wirtschaftsweg Richtung Gersbach jetzt schon marode, dieser sei nach vier Wochen Umleitung komplett kaputt. Zudem sehe er in der Ampelschaltung einige Probleme, insbesondere für Rettungswägen.

Herr Groß entgegnet, Rettungsdienste hätten immer Vorrang, zur Not sei auch eine Durchfahrt durch die Baustelle möglich. Dies sei bei allen Tiefbauprojekten so mit eingeplant. Bedenken der Leitstelle gebe es natürlich trotzdem.

Bürgermeister Maas schlägt vor, dass zunächst die Variante mit den Baustraßen nochmals geprüft werde und man zudem noch ein Gespräch mit den Rettungsdiensten führen werde, um deren Bedenken zu erörtern.

Ortsbeirat Kaiser führt aus, dass somit ein Parkverbot in der Molkenbrunner Straße eingerichtet werden müsse. Zudem werde dann in Winzeln nur noch eine Bushaltestelle bedient, dies sei sehr schlecht.

Ortsbeirat Semmet entgegnet, dadurch werde der Ort jedoch enorm entlastet.

Bürgermeister Maas führt aus, dass die Variante 4 auch von der Verwaltung favorisiert werde, man werde jedoch die Möglichkeit der Baustraßen klären sowie die Rettungsdienste beteiligen.

Ortsbeirat Mayer führt aus, die Linienführung der Busse sei eine Milchmädchenrechnung. Eine Schleife durch den Ort dauere wohl nicht viel länger als die Wartezeit an der Ampel, somit könne man auch noch mehr Haltestellen bedienen.

Herr Groß entgegnet, dass die Umlaufzeit der Ampel maximal drei Minuten betrage, eine Schleife des Busses durch den Ort dauere mindestens 10 Minuten.

Ortsbeirat Mayer erwidert erneut, dass dies aber keine zusätzliche Wartezeit an der Ampel voraussetze.

Ortsbeirat Kohlhaas bringt eine weitere Variante vor, diese führe über einen Feldweg in Gersbach am Friedhof vorbei Richtung Eichelsbacher Mühle.

Die Vorsitzende entgegnet, dass man dort unter keinen Umständen einen Bus fahren lassen könne.

Bürgermeister Maas führt abschließend aus, dass man bei Variante 4 bleiben wolle, jedoch die aufgeworfenen Fragen vorher noch geklärt werden.

zu 4.2.2 Vermarktung von Baugrundstücken in Neubaugebieten

Frau Diener stellt die Präsentation "Vermarktung von Baugrundstücken in Neubaugebieten" (Anlage 5 zur Niederschrift).

Der Ortsbeirat stellt keine Rückfragen und nimmt die Präsentation zustimmend zur Kenntnis.

zu 4.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 4.3.1 Anfrage von Ortsbeirat Semmet bzgl. "Fertigstellung Schulhof"

Ortsbeirat Semmet führt aus, dass der Schulhof der Grundschule immer noch nicht fertig sei. Er bittet um Stellungnahme, wann die Maßnahmen beendet werden und die Bauzäune abgebaut werden.

Die Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 4.3.2 Anfrage von Ortsbeirat Semmet bzgl. "Niederschriften der Sitzungen"

Ortsbeirat Semmet führt aus, dass er als Fraktionsvorsitzender die Niederschrift der letzten Sitzung noch nicht erhalten habe.

Der Schriftführer sagt eine zeitnahe Erledigung zu.

zu 4.3.3 Anfrage von Ortsbeirat Kaiser bzgl. "Bushaltestelle an der Sparkasse"

Ortsbeirat Kaiser fragt an, wann die Aufstellung der neuen Buswartehalle in Höhe der Sparkasse geplant sei.

Die Vorsitzende berichtet, der Auftrag sei bereits erteilt.

Ortsbeirat Semmet teilt mit, die Wartehalle sei bereits auf Lager, jedoch gebe es Probleme mit den Fundamenten, man warte noch auf die Fertigstellung des Gehwegs in diesem Bereich.

zu 4.3.4 Anfrage von Ortsbeirat Gölter bzgl. "Termin der Sitzungen des Ortsbeirats"

Ortsbeirat Gölter führt aus, dass die Sitzungen des Ortsbeirats immer freitags stattfinden würden. Er sei sich bewusst, dass dies das Recht der Ortsvorsteherin sei, jedoch müsse man auch an die anderen Mitglieder des Ortsbeirats sowie der Verwaltung denken, welche hierfür ein Teil ihres Wochenendes opfern würden. Er bittet deshalb um eine wechselseitige Verlegung auf dienstags, mittwochs oder donnerstags.

Die Vorsitzende führt aus, dass auch bei dem Termin für die Sitzungen eine gewisse Struktur vorhanden sein müsse, der Ortsbeirat tage schon immer freitags. Dies sei auch lediglich einmal im Quartal, dies könne man verkraften. In ihrer Amtszeit werde man die Sitzungen auch künftig immer freitags abhalten.

Ortsbeirat Semmet erwidert, man müsse vor allem an die städtischen Bediensteten denken.

Ortsbeirat Gölter fragt erneut, was gegen eine Verschiebung spreche.

Die Vorsitzende antwortet, dass einige Mitglieder des Ortsbeirats auch auswärts wohnhaft bzw. arbeiten seien, zum Beispiel sei Ortsbeirat Kohlhaas im Außendienst tätig und die Woche über immer unterwegs.

Ortsbeirat Mayer ergänzt, dass im Stadtrat die Termine lange vorher feststünden, dies sei im Ortsbeirat nicht der Fall.

Die Vorsitzende sagt eine rechtzeitige Information zu den Sitzungen zu und legt so- dann die nächste Sitzung des Ortsbeirats auf Freitag, 27. November 2020, 20.00 Uhr fest.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 21.35 Uhr.

gez. Heidi Kiefer
Vorsitzender

gez. Daniel Durm
Protokollführer